

# VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:  
„Volksblatt“ Zimmer-Strasse 44.

Nr. 46.

Sonnabend, den 16. November 1889.

III. Jahrgang.

**Politische Rundschau. — Die Vorgeschichte des Sozialistengesetzes. — Der Antrag Lohren. — Zur Frauenfrage. VI. — Zur Geschichte des Antisemitismus. IV. — Zu den Berliner Kommunalwahlen.**

**Gedicht und Novelle von Mackay. — Sozialistische Spaziergänge III. — Em. Geib. — Tschernyschewsky. — Was die französische Volksvertretung kostet. — Reichstag.**

## Arbeiter und Parteigenossen!

Wir gedenken in Zukunft unser Blatt wesentlich zu erweitern, rechnen dafür aber auf um so regere Unterstützung durch Werbung neuer Leser und durch Zuweisung von Annoncen seitens der Vereine.

Jeder neu hinzutretende Abonnent erhält, soweit unser Vorrath reicht, die Reichstagsbeilage gratis nachgeliefert.

Ferner bitten wir, recht energisch für die Verbreitung der „Berliner Arbeiterbibliothek“ einzutreten.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.  
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

## Politische Ueberkeit

× Die Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz ist beendet.

Die Gerichtsverhandlungen, welche in Belgien gegen den bekannten Lockspiegel-Pourbaix dieser Tage eröffnet sind, bieten eine schätzenswerthe Ergänzung zu der Art, mit welcher man in den modernen „Rechtsstaaten“ gegen die ruchlosen Arbeiter vorzugehen beliebt. Daß das höchst christliche und katholische Ministerium Vernaert in unmittelbarer Verbindung mit Pourbaix stand, war schon in einem früheren Prozesse klar geworden. Aber die liberale Partei hatte trotz aller Beweise doch noch immer zu leugnen gewagt. Nun hilft auch das nicht mehr. Auf Grund von Aktenstücken ist jetzt unwiderleglich festgestellt, daß alle drei beteiligten Minister: Vernaert, Depolder und Lejeune, als sie ihre Verbindung mit dem Spiegeltume bestritten, das Land wissenlich getäuscht haben. Es ist erwiesen, daß Pourbaix die Arbeiter zur gewalttätigen Empörung aufreizte, und selbst Dynamitpatronen anlegte, um die Glaswerke in Mariemont in die Luft zu sprengen. Ja, es wurden auf seine Veranlassung Arbeiter verhaftet, und, wenn er sie als Auspionierer verwenden wollte, wieder in Freiheit gesetzt. Die Herren Minister wußten um alles, aber sie gingen mit voller Absicht darauf aus, einen Aufstand zu entfesseln, um ihn nachher mit Gemüthlichkeit niederzuzerschlagen zu lassen. Es giebt nichts, was im Dienste des „Eigentums“ und der „Ordnung“ unerlaubt ist, ebenso wie es umgekehrt nichts giebt, was im Kampfe gegen diese Heiligthümer erlaubt wäre. Der Spiegel wird als „staatsverräthlich“ geheilt, und jene, welche in friedlicher Rede das Volk über seine Interessen aufzuklären suchen, fertigt man als „Staatsverbrecher“ ein. Die Kampfmittel der heutigen Gesellschaft charakterisiren ihren inneren Werth am besten.

Zu ihrer Art charakteristisch waren auch die letzten Reichstagsverhandlungen. Bei der Debatte, ob man die Reichsbank wie bisher als Privatinstitut bestehen lassen, oder ob man sie nicht auch lieber gleich verstaatlichen solle, zeigte sich die agrarische Begehrlichkeit wieder in ihrem schönsten Lichte. Die Herren schrien nach Verstaatlichung, sie meinten nämlich, wenn erst ein so guter Freund wie das deutsche Reich Banteneigentümer wäre, so würde der nach allen früheren Erfahrungen gern zu Gefälligkeiten bereit sein. Er würde der „nothleidenden Landwirtschaft“ den billigsten Kredit geben und nicht viel auf Sicherheit sehen. Für etwaige damit verknüpfte Verluste kann ja der deutsche Steuerzahler immer aufkommen. Wozu existirte er auch sonst?

Die nationalliberalen Vertreter des industriellen Großkapitals glänzten bei anderen Gelegenheiten, vor allem

bei der Debatte über den freisinnigen Antrag, welcher die Regierungen auffordert, jede Art der Wahlbeeinflussung zu verhindern. Man kennt ja ihre Stellung, entweder behaupten sie, die Wahlen wären thatsächlich frei, oder sie räumen zwar den Wahlzwang als Thatsache ein, verteidigen ihn aber als das angeborene Menschenrecht der Fabrikanten.

Für die Macht des preussisch-deutschen Militarismus endlich legten die Verhandlungen und die Abstimmung über den Ricker'schen Antrag, der auf eine Reform des gänzlich veralteten Militärstrafprozesses abzielte, ein sprechendes Zeugniß ab.

Die Todten reiten schnell. Wie überschwänglich hat man Kaiser Wilhelm I. als den Kämpen und Begründer der deutschen Reichseinheit gefeiert! Wenige Monate nach seinem Tode wurde durch eine günstige Verkettung der Umstände das Tagebuch des Kronprinzen veröffentlicht und — wo war dieser Ruhm geblieben? Man versuchte, die Aufzeichnungen als gefälscht zu bezeichnen und strengte zu diesem Zwecke einen wunderbaren Prozeß an, der aber keinen anderen Erfolg hatte, als daß er die Echtheit des Tagebuches außer allen Zweifel stellte. Damit ist erwiesen — wie in historischen Sachen etwas erwiesen werden kann — daß der spätere Kaiser Wilhelm den deutschen Einheitsbestrebungen höchst gleichgültig gegenüberstand, ja daß er, in altpreussischer Stimmung befangen, die ihm angebotene Kaiserkrone nur unwillig annahm. Die freisinnige Partei — immer geschäftig, ihre Königs-treue zu behaupten — proklamirte nun auf Grund des Tagebuches den früheren Kronprinzen, Kaiser Friedrich III. als nationalen Heiland. Wenn nicht Wilhelm, so mußte Friedrich Vorkämpfer und Gründer der deutschen Einheit gewesen sein. Er „hatte mit idealer Begeisterung die tiefste Sehnsucht des deutschen Volkes erfüllt, er verwirklichte die Träume der Nation“. — Denselben Dienst, welchen das Tagebuch gegenüber der Vergötterung Wilhelms I. leistete, denselben Dienst thut Gustav Freytag's jüngst erschienenes Büchlein „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone“ gegenüber der Friedrichs-Legende. In unferer Zeit will die Sagenbildung eben nicht mehr recht gelingen.

Freytag hat dem Kronprinzen sehr nahe gestanden, er begleitete ihn auch auf dem französischen Feldzuge. Seine Erinnerungsblätter, welche die ganze Presse in Aufregung versetzen, beziehen sich eben auf diese Kriegszeit, die der Kaiserkrönung unmittelbar vorausging. Er ist ferner auch, vom „reichsfreundlichen“ Standpunkt aus betrachtet, ein gänzlich unverdächtig Zeuge, seine Gesinnungen sind durchaus militärisch und monarchisch. Der Sieg der Deutschen gilt ihm als ein Werk der „Vorsehung“, und gegen den Massenmord der Völker weiß er im allgemeinen keine Einwendungen zu machen. Jetzt habe ich die Schrecken des Krieges kennen gelernt, heißt es an einer Stelle, nicht die Leichenfelder sind es, „darüber kommt man weg“. Aber, fährt er dann fort, „ich war in Sulz, in einem Kramladen einquartirt. Die Verpflegungskolonnen waren nicht zur Stelle und die Soldaten kamen, forderten, nahmen, zuletzt begannen sie zu rauben; gerade gegenüber vom Quartier des Kronprinzen.“ Wie charakteristisch! Gingeopfert Menschenleben, darüber kann sich Herr Freytag leichtlich trösten, indessen — Verletzung des heiligen Eigentums, und dazu noch gerade gegenüber vom Quartier des Kronprinzen, das bringt seine bürgerliche Seele in Entrüstung. Herr Freytag ist also kein Umstürzler, sondern Reichsfreund vom reinsten Wasser. Hat er etwas an dem Kronprinzen auszusetzen, so thut er das nicht im Sinne einer besseren Zukunft, die das militärische Königthum der Gegenwart verurtheilen wird, sondern vom Standpunkte des „Bestehenden“.

Und was wirft er dem Prinzen vor? Nichts Geringeres, als daß sein Streben nach der Kaiserkrone ein Ausfluß — nicht der politischen Einsicht, sondern der dynastischen Eitelkeit gewesen sei. Sehr bezeichnend ist ein kleines Gespräch, welches Friedrich nach den ersten Waffenerfolgen des deutschen Heeres mit Freytag hatte.

„Was soll mit Deutschland werden, welche Stellung soll der König von Preußen erhalten?“ fragte Friedrich. Freytag antwortete, daß die Einigung Deutschlands sich nun leicht vollziehen könne, die süddeutschen Staaten würden gerne dem norddeutschen Bunde beitreten. Das fand der Kronprinz selbstverständlich, aber er fragte wieder: Und was soll der König von Preußen werden? Freytag setzt seine Ansichten darüber auseinander. „Nein, fährt da der Kronprinz auf, er muß Kaiser werden“. Als er mit seinem königlichen Vater einst in Paris gewesen, erzählt ihm Friedrich, habe sein Vater dem Russenherrscher, als einem Kaiser, den Vortritt lassen müssen. „Das soll aber kein Hohenzollern sagen, und das darf für keinen Hohenzollern gelten“, mit diesen Worten schloß er das Gespräch.

Noch mancherlei anderes führt Freytag an, um den auf äußeren Glanz gerichteten Ehrgeiz Friedrichs zu beweisen. Uns interessiert nur, daß, wie Wilhelm I. aus dynastischen Rücksichten der Kaiserkrönung widerstrebt hat, so Friedrich III. sie aus eben solchen Rücksichten erstrebte. Die Verehrer des Kronprinzen erhoben natürlich über die Freytag'sche Schrift, ein großes Wehklagen. Man warf dem Verfasser vor, er hätte aus Liebedienerei gegen das augenblickliche Regiment geschrieben, eine merkwürdige Verdächtigung, wenn man bedenkt, wie stark Freytag seine Abneigung gegen jede Art königlichen Prunkes überhaupt ausdrückt. Aber schließlich vermochte man dem Buche doch nichts anderes entgegenzuhalten, als daß der Kronprinz sich auch für die nationale Vereinigung als solche begeistert habe, ohne seiner Sonderabsichten zu erwähnen. Was beweist das aber? Sucht nicht ein jeder das, was er für sich verlangt, zu einem allgemeinen Gute zu verklären? Sollte der Kronprinz anders gehandelt haben?

Die Sozialdemokratie würde selbstverständlich auch dann, wenn Friedrich der Mann gewesen wäre, als welchen ihn die Freisinnigen feiern, ihm kalt und ablehnend gegenüber stehen müssen. Denn die nationalen Einheitsbestrebungen erscheinen ihr nicht in jenem idealen Märchenschimmer, mit dem das Bürgerthum sie heute umgiebt. So weit die großkapitalistische Produktion durch den Zusammenschluß vieler einzelner Ländchen zu einem einheitlich geordneten Staatswesen gefördert wird, so weit erblickt der Sozialismus in der nationalen Bewegung eine durch die ökonomische Entwicklung erzeugte Nothwendigkeit. Darum hält er auch den Kampf gegen einen solchen Zug der Zeit für gänzlich utopisch. Er hofft sogar, aus dieser Art der Centralisation auch für seine letzten Ziele Nutzen zu ziehen.

Aber gänzlich fern liegt ihm jede Idealisierung des nationalen Dranges und jede Verhimmelung der Männer, die ihre Kraft an die Verwirklichung jener Einheitsbestrebungen setzten. Hätte Kaiser Friedrich ohne alle Nebenabsichten für das Deutschthum gekämpft, er würde also doch für uns höchst gleichgültig sein. Die Aufdeckung der Triebfedern, welche den preussischen Kronprinzen in Wahrheit bewegten, interessiert uns nur, weil dadurch in dem nichtsozialistischen, blindnationalen Theile der Bevölkerung eine neue Erschütterung der hergebrachten Monarchenverehrung hervorgebracht werden muß. Mit Genugthuung sehen wir, wie in dem Himmel des Volksglaubens eine Gottheit nach der anderen zusammensinkt.

## Zur Vorgeschichte und Entstehung des Sozialistengesetzes.

Als Vorläufer des jetzigen Sozialistengesetzes kann die Strafgesetz-Novelle bezeichnet werden, welche den Reichstag in der Session von 1875/76 beschäftigte. Diese Novelle enthielt u. a. folgende wider die Sozialdemokratie gerichtete Bestimmung:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufhetzt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft.“













